

Muota-Mündung soll begradigt werden

Künstliche Flussbiegung wird aufgehoben – alte Mündung wird Bucht – Kiesplatz wird verlegt

Hinter dem Thema «Hopfräben» in Brunnen steckt viel mehr als auf den ersten Blick zu sehen ist. Der Kanton arbeitet an einer generellen Neuplanung für das Mündungsgebiet. Denkbar ist auch eine Verlegung der Muotamündung in Richtung Westen.

● VON JOSIAS CLAVADETSCHER

Im Zusammenhang mit der «Hopfräben-Initiative» in Brunnen ist das Mündungsgebiet der Muota plötzlich mitten zum Thema geraten. Mitschuldig daran sind auch drei Projekte, die im Gange sind. Einerseits ist seit dem 1. Januar 2005 das neue Fuss- und Wanderweggesetz des Kantons in Kraft. Es schreibt zwingend vor, dass der Kanton die Hauptwanderwege bezeichnen und bauen muss. Einer davon führt mitten durch dieses Gebiet im westlichen Brunnen. Und zweitens ist bei der Gemeinde das generelle Projekt für eine Seeufergestaltung im Gange. Nächstes Jahr wird das Konzept festgelegt, ab 2007 in Etappen ausgeführt, sofern der Bürger den Teilkrediten zustimmt. Und drittens läuft 2007 die Konzession für den Kiesabbau vor der Muota-Mündung aus.

Kiesabbau auch künftig nötig

Diese Ausgangslage hat dazu geführt, dass das kantonale Amt für Wald, Jagd und Fischerei sich intensiv mit dem Mündungsgebiet der Muota



Hier würde eine künftige Muota-Mündung verlaufen: Diese Verlegung nach Westen würde gleichzeitig das Schutzgebiet vom Nutzgebiet trennen.

Bild Josias Clavadetscher

und der Hopfräben befasst. Amtsvorsteher Theo Weber hat an einem Informationsabend der FDP Ingenbohl-Brunnen über den aktuellen Stand dieser Planung informiert. Wie Weber betonte, besitzt dieses Mündungsgebiet eine hohe Komplexität: Lösungen sind nicht sehr einfach zu erreichen. Dazu kommen einige Grundbedingungen, die eingehalten werden müssen. So werde man wegen den Ablagerungen der Muota vor der Mündung immer Kiesabbau vornehmen müssen. Wird

nicht gebaggert, wächst die Gefahr eines Rückstaus, und mit den Jahren kommt es zu Grundbrüchen. Weiter besitzt die Flachwasserzone vor der Hopfräben fischbiologische Bedeutung, und schliesslich steht das Flachmoor der Hopfräben unter Moorschutz.

Der Kanton hat darum eine Gesamtschau vorgenommen und studiert auch völlig neue Lösungen. Die bedeutendste: Die heutige Mündung der Muota soll begradigt und nach Westen

verlegt werden. Die heutige Kanalisierung unterhalb der letzten Muotabrücke ist vor etwa 80 Jahren erst vorgenommen worden. Vorher ist die Muota im Gebiet Hopfräben in einem breiten Delta in den See geflossen. Wenn man den Lauf der Muota gerade ziehe, so Weber, sei es auch eher möglich, die verschiedenen Interessen in diesem Gebiet zu berücksichtigen. Der neue Muota-Unterlauf würde eine natürliche Barriere zwischen dem Nutz- und dem Schutzgebiet bilden, der Badebe-

trieb könnte besser mit den Schutzbestrebungen in Einklang gebracht werden, und weiter gebe es gute Aussichten, dass der bestehende Kies-Umschlagplatz vom heutigen Standort im Rotzli neu ins Gebiet Fallenbach und der Camping-Platz weiter nach Norden verlegt werden können. Wird die Mündung neu angelegt, so würde faktisch der heutige Flusslauf zu einer Bucht und das Rotzli zu einer eigentlichen Insel mit entsprechender Freizeit-Nutzung.

Realisierung in 15 Jahren

«Vorläufig sind das erste Ideen», betonte Weber, die aber Realisierungschancen haben. Immerhin seien erste Gespräche mit dem Bezirk als grösstem Grundeigentümer, der Gemeinde Ingenbohl und involvierten Ämtern des Kantons «sehr erfreulich verlaufen». Weber rechnet damit, dass ein derartiger Umbau etwa in 15 bis 20 Jahren abgeschlossen werden könnte.

Wesentlich schneller soll es mit dem Wanderweg durch dieses Gebiet gehen, der künftig den Weg der Schweiz und den Waldstätterweg verbinden soll. Weber rechnet damit, dass dieses Projekt in spätestens zwei Jahren realisiert ist. «Wenn allerdings auf stur geschaltet und gebremst wird, dann geht es nicht», betonte er. Eine grosse Trumpfkarte spielte Weber bereits aus. Wenn Brunnen den Weg für den Bau dieses Wanderwegs ebnet, dann steht der Kanton in der Pflicht. Gemäss Gesetz muss er diesen Weg planen, bauen, finanzieren und später auch unterhalten. «Zu hundert Prozent», betonte Weber.

Wettbewerb für den Kreisel-Turm

Mitte 2006 soll zum Bergsturz-Gedenkjahr an zentraler Lage in Goldau ein «Bildturm» errichtet werden. Für die künstlerische Gestaltung hat die Gemeinde Arth soeben einen Wettbewerb ausgeschrieben.

Es soll kein Denkmal werden und kein Monument, sondern ein «Bildturm», der an das Gedenkjahr «200 Jahre Goldauer Bergsturz» erinnert. Die Gemeinde Arth hat nun für die Gestaltung dieses Turms einen Wettbewerb ausgeschrieben. Teilnahmeberechtigt sind Kunstschaffende, die im Kanton Schwyz wohnen oder arbeiten, sowie auch Künstlerinnen und Künstler, die ein Schwyzer Bürgerrecht besitzen. Die Wettbewerbsteilnehmer können alleine oder in Gruppen Vorschläge einreichen.

Als Thema vorgegeben ist die Umschreibung: (K)ein Stein des Anstosses oder Bergsturz – Zerstörung und Wiederaufbau. Auch soll der dreiseitige Bildturm sinnbildlich an die drei Gemeindeteile Arth, Oberarth und Goldau erinnern. Platziert wird der Turm im Kreisel beim Bahnhof Goldau, somit an einer stark frequentierten Lage. Die Gestaltungen werden fotografisch auf Textilbahnen reproduziert und am Metall-Turm befestigt. Die Originale werden im Eigentum der Teilnehmer bleiben, die Textilbahnen im Eigentum des Veranstalters. Installationen am und im Turm sind zulässig, gemäss Richtlinien der Verkehrspolizei sind aber keine Texte am Turm erlaubt.

Die Unterlagen für den Wettbewerb können bis zum 22. Dezember bei der Gemeindekanzlei Arth bezogen werden. Eine Begehung vor Ort findet am 10. Januar 2006 statt. Die Wettbewerbsarbeiten sind bis zum 7. März 2006 einzureichen und werden dann juriiert. Vorgesehen sind maximal fünf Preise. Die Ausführung des Gedenkturms ist im Zeitraum April bis August vorgesehen.

Neben diesem Bildturm sieht das OK für das Gedenkjahr eine ganze Reihe von 52 verschiedensten Veranstaltungen vor. Sie sind auf das ganze Jahr verteilt.



Tatort Tramweg: Dieser Ort ist zum Spielen gemacht, Jugendliche nutzen ihn nachts jedoch oft zum Rauchen und Trinken.

Bild Andreas Seeholzer

Alkohol und Drogen auf dem Kinderspielplatz

Situation am Tramweg unbefriedigend

Den Kinderspielplatz in Oberarth nutzen unterschiedliche Gruppierungen: Alkohol- und Drogenkonsum haben hier zugenommen, meinen Nachbarn.

pd./see. Bewohner der Liegenschaften am Tramweg in Oberarth fühlen sich seit längerem durch Benutzer des Spielplatzes bei der ehemaligen Post in Oberarth belästigt. Sie standen diesbezüglich mit der Gemeinde bereits mehrmals in Kontakt und verlangen, dass eine Beruhigung herbeigeführt wird.

Alkohol und Drogen

Beim Platz in Oberarth handelt es sich um einen öffentlichen Spielplatz. Dieser wird von unterschiedlichen Gruppierungen als Spielplatz und auch als Treffpunkt benutzt. Nach Aussage der Anwohner haben im vergangenen Jahr Alkohol- und Drogenkonsum sowie unkorrektes Verhalten bedeutend zugenommen. Mit diesen und ähnlichen Thematiken haben sich

die Polizei und die Verantwortlichen der Gemeinde in regelmässigen Abständen auch an anderen Standorten zu befassen. Gemeindeseits wurden daher für verschiedene öffentliche Plätze Benützungsreglemente erlassen.

Spielplatz erhalten

Der Spielplatz Oberarth soll als solcher erhalten bleiben, schreibt der Gemeinderat in einem Medienbulletin. «Die Gemeinde und die Polizei sind bestrebt, das Gespräch mit den unliebsamen Benutzern zu führen.» Häufig weiss man gar nicht, wer die Personen sind. «Darum soll versucht werden, die Anonymität aufzuheben.» Bei Jugendlichen zeige sich sehr oft, dass auch die Eltern einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung leisten könnten. «Vielfach wissen sie nicht, wo sich ihr Sohn oder ihre Tochter in der Freizeit aufhält. Die Kommission Jugend, Familie und Alter der Gemeinde Arth nimmt die Thematik der Jugendarbeit ernst.» Für Lösungen ist eine kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig.

470 Anwohner wollen einen Wassertunnel

Lauerzersee-Petition eingereicht

Nach Ortsparteien in den drei Anliegergemeinden und nach einem Vorstoss im Kantonsrat haben nun auch die Anwohner reagiert. Eine Petition mit 470 Unterschriften verlangt von der Regierung, dass der Wasserstand des Lauerzersees künftig reguliert wird.

Vor zwölf Jahren wurden erstmals konkrete Massnahmen gegen die latente Hochwassergefahr am Lauerzersee verlangt. Dann wiederum nach dem Hochwasser von 1999 und fast logischerweise nach dem Hochwasser vom letzten August nochmals verschärft. Bereits sind die drei FDP-Ortsparteien von Steinen, Lauerz und Schwyz bei der Regierung vorstellig geworden. Weiter haben die Kantonsräte Max Lottenbach (CVP, Lauerz) und Peppino Beffa (CVP, Seewen) mit einem Vorstoss Lösungen verlangt. Und jetzt doppelt die Interessengemeinschaft Lauerzersee IGL mit einer Petition nach. Sie ist mit 430 Unterschriften vorgestern bei der Staatskanzlei eingereicht worden. Unterzeichnet haben Anwohner des Lauerzersees und der Seewen sowie Mitglieder der IGL. Verlangt wird in der Petition, dass der Lauerzersee künftig

bewirtschaftet und der Wasserstand reguliert wird. Denn vor allem kritisieren die Petitionäre auch, dass die Hochwasserschäden vom August mindestens zu einem grossen Teil vermeidbar gewesen wären. Gemäss Wettervorhersage fünf Tage vor dem Hochwasser habe man schon sehen können, dass es kritisch werde. Wenn man den See auf den Normal- oder Niederwasserstand abgesenkt hätte, wäre das Fassungsvermögen ein Meter höher gewesen. Damit hätte man auch jene Bauten vor der Überflutung schützen können, die nach 1999 angehoben worden waren.

Die IGL-Petition bestätigt, dass eine Verbreiterung der Seewern oder die Vergrösserung des Abflusses kaum möglich sei. Damit bleibe ein zusätzlicher, regulierbarer Abfluss die einzige Variante, also ein Stollenbau durch den Urmiberg zum Vierwaldstättersee, vom Gebiet «Bierkeller» zum Fallenbach. Diese Idee ist bereits einmal vorgeschlagen und von der Regierung geprüft worden. Die Regierung hat damals abgelehnt, weil eine Regulierung des Lauerzersees einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht standhalten würde. Auch wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis angezweifelt: Ein Stollen würde rund 20 Mio Franken kosten. Trotzdem bittet die Petition die Regierung jetzt um «Wohlwollen, Solidarität und Verständnis». Man erwarte konkrete Lösungsvorschläge.



Alle Vorsorge nützte nichts: Auch Bauten, die nach dem Hochwasser 1999 in Lauerz angehoben worden sind, standen diesmal wieder im Wasser.

Archivbild